

Österreich: Die Wende ist ausgeblieben

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom Dezember 1995 steht Österreich vor einer Neuauflage der großen Koalition. Das Land ist wie selten zuvor zwischen Links und Rechts gespalten; die Kirche kommt nur langsam aus ihrer Lähmung durch interne Querelen heraus.

Es ist Halbzeit in Österreich. Nach 25 Jahren mit ÖVP-Bundeskanzlern von *Leopold Figl* und *Julius Raab* bis *Josef Klaus* in der Zeit von 1945 bis 1970, und nach 25 Jahren mit SPÖ-Kanzlern von *Bruno Kreisky* bis *Franz Vranitzky* in den Jahren 1970 bis 1995 schienen die vorgezogenen Parlamentswahlen im Dezember letzten Jahres eine politische Wende zu signalisieren. Der kühne, aber sehr riskante Ausbruchversuch der christdemokratischen Volkspartei unter der Führung von Vizekanzler *Wolfgang Schüssel* aus der großen Koalition blieb jedoch im Sperrfeuer der sozialdemokratischen Defensivstrategie liegen. Der ÖVP bleibt jetzt nichts anders übrig, als in den Pferch der großen Koalition zurückzukehren.

Noch der Vorgänger von *Wolfgang Schüssel* als ÖVP-Parteiboss, der intellektuelle Vizekanzler *Erhard Busek*, hatte im Sommer 1994, nach der triumphalen Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, ein uneingeschränktes Bekenntnis zur großen Koalition „ohne Wenn und Aber“ abgelegt. Binnen kürzester Zeit zerstritt sich aber diese Koalition wegen diverser Kompetenzfragen in europäischen Angelegenheiten, zunehmende Budgetschwierigkeiten führten zu einer Reihe von Wahlniederlagen der Koalitionsparteien. Die heftigen Attacken des Populisten *Jörg Haider* und seiner Freiheitlichen gegen den „Privilegienstadel“ der österreichischen Proporzdemokratie führten überdies zu einer zunehmenden Verunsicherung der großen Koalition, die eine grundlegende Wand-

lung des Parteienspektrums zur Kenntnis nehmen mußte.

Statt zwei schier allmächtigen Parteien, die alles, einfach alles im ganzen Land bestimmten und entschieden, waren nun fünf Parteien im österreichischen Parlament vertreten, und die beiden Großparteien, die jahrzehntelang Stimmenanteile zwischen 40 und 50 Prozent quasi spielend erobern konnten, schrumpften auf Mittelparteien mit einem Wähleranteil um die 30 Prozent. Die ÖVP, die einstige Staatspartei nach 1945, geriet in die akute Gefahr, von den Freiheitlichen überholt zu werden, und mußte sich in einzelnen Bundesländern sogar mit dem dritten Platz begnügen.

Die ÖVP zog den kürzeren

Angesichts dieser prekären Situation entschloß sich Vizekanzler *Schüssel* im Oktober 1995, die Koalition mit den Sozialdemokraten zu sprengen, und versuchte unter der Parole „25 Jahre Sozialismus sind genug“ den ersten Platz im Staat zurückzuerobern. Ein Milliarden-Defizit im Staatshaushalt bot den äußeren Grund zum Absprung, der sozialdemokratischen „Verschwendungspolitik“ sollte ein eiserne Sparprogramm entgegengesetzt werden. Eine schon länger andauernde Schwächeperiode der SPÖ und des nun schon seit neun Jahren regierenden Bundeskanzlers *Franz Vranitzky* sowie ausnehmend gute Umfragewerte für die ÖVP waren innere Gründe für *Wolfgang Schüssel*, den Griff nach dem Bundeskanzleramt zu wagen.

Im Wahlkampf zeigte sich aber schnell, daß die Sozialdemokraten, so angeschlagen sie sind, nach wie vor über einen Parteiapparat verfügen, der in Stunden der Gefahr voll einsatzfähig ist. In einer wuchtigen Agitation wurde die ÖVP als jene Partei hingestellt, die Sozialleistungen und Pensionen kürzen möchte, ein „Rentenklaue“ also. Zudem präsentierte sich Kanzler *Vranitzky* als jener Politiker, der eine Regierungsverantwortung des Populisten *Haider* nie und nimmer zulassen würde. Mit dieser Taktik wurde der Angriff der ÖVP wirkungsvoll unterlaufen, die sich eine ähnlich klare Absage an die FPÖ nicht leisten konnte: Denn nur mit Zustimmung oder zumindest mit Duldung der Freiheitlichen war eine ÖVP-Regierung in Zukunft vorstellbar.

Das Rezept der ÖVP, nach dem Muster der Republikaner in den USA ein Sparprogramm gerade bei Sozialleistungen zu verlangen, unterlag bei der Dezemberwahl gegenüber dem Konzept der Sozialdemokraten, die sich dem Abbau sozialer Errungenschaften und „wohl erworbener Rechte“ entgegenstemmten. Der Gewinn von sechs Nationalratsmandaten für die SPÖ war das Fazit der Wahl, während sich die ÖVP mit einem einzigen zusätzlichen Parlamentssitz begnügen mußte. Von einer Wiedereroberung der Parlamentsmehrheit durch die ÖVP konnte keine Rede sein, die große politische Wende blieb aus.

Von Interesse für die Zukunft sind besonders die Begleiterscheinungen dieser Wahl für die kleineren Parteien: Sie alle, die in den letzten Jahren zum Teil spektakuläre Erfolge errungen hatten, verloren diesmal Stimmen und Mandate, was wohl vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die erbitterte Konfrontation der beiden zerstrittenen Koalitionsparteien den Handlungsspielraum der „Kleinen“ wesentlich einengte. Aufsehenerregend waren die Verluste der Grünen, die von 13 Sitzen im Parlament immerhin vier einbüßten. Offenbar wählten diesmal nicht wenige Grüne rot, um *Haider* auf jeden Fall zu verhindern. Auch die Liberalen unter *Heide*

Schmidt, die sich für den Ersatz des Religionsunterrichtes durch einen verpflichtenden Ethikunterricht und für eine Neuverhandlung des Konkordates stark gemacht hatten, fielen zurück. Am spektakulärsten waren aber zweifellos die Stimmenverluste der Freiheitlichen, die wohl im Westen Österreichs, in Tirol und Vorarlberg, weitere Erfolge errangen, im Osten und Süden aber stagnierten oder Stimmen einbüßten, so daß sie insgesamt zwei Mandate im Nationalrat verloren. Haider mußte sich mit knapp 22 Prozent der Stimmen begnügen, die ÖVP konnte 28 Prozent, die SPÖ gar mehr als 38 Prozent der gültigen Stimmen erreichen. Optimisten sprachen schon von einem endgültigen Stop Haider.

Das politische Österreich ist gespalten

Unmittelbar nach Weihnachten begannen die ersten Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP über die Bildung einer neuen großen Koalition. Als Konzession gegenüber der ÖVP löste Kanzler Vranitzky am Neujahrstag den jungen Finanzminister *Staribacher* ab, der durch seine unsensible Ausgabenpolitik viel zur Verärgerung führender Wirtschaftskreise beigetragen hat. Zu seinem Nachfolger wurde Verkehrsminister *Klima* ernannt, der fachlich anerkannt ist und über gute Beziehungen zur ÖVP verfügt. Diese Indizien lassen darauf schließen, daß die SPÖ alles tun will, möglichst rasch zu einem Übereinkommen mit der Volkspartei zu gelangen. Da aber rein rechnerisch noch immer eine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ möglich wäre, eröffnete die SPÖ eine propagandistische Nebenfront: Die Videoaufzeichnung einer Ansprache Jörg Haider vor Veteranen der Waffen-SS in Kärnten, die vom ARD schon im Frühherbst ausgestrahlt worden ist, wurde nunmehr vom ORF entdeckt und zu einer neuen massiven Kampagne gegen Haider benützt.

In seiner Ansprache hatte Haider ein angebliches Zitat Adenauers verwen-

det und gesagt, die Waffen-SS sei ein Teil der Wehrmacht gewesen und habe sich nichts vorzuwerfen. Prompt stellte die SPÖ fest, angesichts dieses Ausspruches sei es ihr nicht möglich, der bisherigen Tradition zu folgen und einen freiheitlichen Mandatar als Angehörigen der drittstärksten Parlamentsfraktion zum dritten Nationalratspräsidenten zu wählen. Die ÖVP schloß sich diesem Standpunkt vorerst an, revidierte aber dann ihre Meinung, als die Freiheitlichen erklärten, sie würden in einem solchen Fall ihre Beziehungen zur ÖVP „einfrieren“.

Die Volkspartei zog sich auf den Standpunkt zurück, die ÖVP lehne wohl den von Haider vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten ab, würde aber jedem anderen Vorschlag der FPÖ zustimmen. So geschah es Mitte Januar bei der konstituierenden Sitzung des Nationalrates in Wien: Im ersten Wahlgang blieb der Kandidat Jörg Haider in der Minderheit, im zweiten Wahlgang wechselte die FPÖ ihren Kandidaten aus, nominierte *Willi Brauneder*, und dieser wurde gegen die Einheitsfront der SPÖ, der Grünen und Liberalen von FPÖ und ÖVP mit einer Stimme Mehrheit gewählt.

Für die kommende Neuauflage der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, die ja erst mühsam ausgehandelt werden muß, bedeutet dieser offene Konflikt ein sehr schlechtes Omen. Wie selten zuvor ist das politische Österreich in Linke und Rechte gespalten, und Jörg Haider tut alles, um diese Gegensätze noch zusätzlich zuzuspitzen. Unverständlich ist es, daß Haider in dieser Lage sowohl in der Politik als auch in vielen Medien eine fast hysterische Aufmerksamkeit zuteil wird, was neben manchen anderen Ursachen wohl mit dem österreichischen Hang zum Theatralischen zu tun hat, mit einem übertriebenen Interesse am Darstellerischen, nicht am Inhaltlichen.

Das Einschwenken der ÖVP auf die Linie der Freiheitlichen in der Frage des Nationalratspräsidiums hatte vor allem mit der Drohung Haider zu tun, bei der Wahl des neuen Landeshaupt-

manns in der Steiermark nicht die Volkspartei zu unterstützen, wenn die FPÖ im Parlament allein gelassen werden sollte. Die von VP-Parteiohmann Schüssel vom Zaun gebrochene Dezemberwahl hatte nämlich auch noch eine andere nicht vorhergesehene folgenschwere Konsequenz: Der steirische Landeshauptmann *Josef Krainer* entschloß sich in der Hoffnung auf eine Sogwirkung dieser Bundeswahl, auch die steirischen Landtagswahlen vorzuverlegen und am gleichen Tag wie die Parlamentswahl anzusetzen.

Damit durchbrach Krainer eine noch von seinem Vater eingeführte politische Praxis, die Landtagswahlen immer und auf jeden Fall von Bundeswahlen zu trennen. Dadurch erzielte die Landes-ÖVP in der Steiermark im Laufe von Jahrzehnten bis zu 16 Prozent mehr Stimmen als die ÖVP bei Bundeswahlen. Am Abend des Wahltages mußte Krainer erkennen, welchen schweren Fehler er begangen hatte, als er diese Regel mißachtete: Er verlor mehr als 70000 Stimmen und fünf Mandate gegenüber der Landtagswahl 1991. Die steirische ÖVP, die das Land seit Jahrzehnten dominiert hat, steht jetzt im Landtag der SPÖ mit einem Gleichstand von 21 Mandaten gegenüber.

Noch am Wahlabend erklärte Landeshauptmann Krainer seinen Rücktritt. Das war die eigentliche „Bombe“ des ganzen Wahlvorganges. Denn die Steiermark ist schon seit 1945 von den Krainers geprägt worden. Josef Krainer I. war nach dem Krieg 23 Jahre lang Landeshauptmann, ihm folgte 1980 sein Sohn Josef Krainer II., wie man ihn scherzend nannte, in dieses Amt. Nun ist diese Ära zu Ende gegangen, in deren Verlauf sich prägende katholische Reformkräfte entwickeln konnten. Für die gesamtösterreichische ÖVP war die steirische Volkspartei unter den Krainers nicht selten ein Stachel im Fleisch und eine Antriebskraft für überfällige Erneuerungen.

Die Sozialdemokraten meldeten sofort ihren Anspruch auf das erste Amt in der Steiermark an, das sie durch eine freie Wahl noch nie errungen haben.

Angesichts der Pattstellung im steirischen Landtag kommt den Freiheitlichen in der Steiermark mit 10 Mandaten eine Schlüsselrolle zu. Daher wirkte Haider's Drohung einer „Eiszeit“ so prompt. Mittlerweile nominierte die steirische ÖVP *Waltraud Klasnic* als Krainer-Nachfolgerin, doch nur die freiheitliche Unterstützung kann die erste Landeshauptfrau in Österreich wählen. Damit kommt die bevorstehende große Koalition auf Bundesebene auch in einem wichtigen Bundesland unter den Druck einer faktischen schwarz-blauen Zusammenarbeit, was stürmische Zeiten ankündigt.

In dieser kritischen Phase wäre es eine Aufgabe der Kirche, zur Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit zu mahnen. Die *internen Querelen*, die die Kirche in Österreich im Jahr 1995 von Grund

auf aufwühlten, haben eine solche wichtige gesellschaftspolitische Intervention monatelang verhindert. Jetzt zeichnen sich allerdings erste Auswirkungen innerer Reformmaßnahmen ab. Erzbischof *Schönborn* in Wien gewinnt zunehmend an Profil, und Bischof *Johann Weber* als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz bemüht sich unter mancherlei Selbstverleugnung, die auseinanderstrebenden Kräfte unter den Oberhirten zusammenzubinden. Für September dieses Jahres sind in Mariazell Expertengespräche über das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft vorgesehen, außerdem ist eine „Wallfahrt der Vielfalt“ geplant. Damit soll ein großer Gesprächsvorgang der Kirche in Österreich zu einem späteren Zeitpunkt vorbereitet werden. F. C.

Dritte-Welt-Arbeit: Was christliche Gruppen leisten

Im Auftrag einer Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz wurden rund 1000 Dritte-Welt-Arbeitsgruppen im katholischen und ökumenischen Umfeld nach Motivation, Handlungsformen und kirchlicher Ausrichtung befragt. Dabei zeigte sich: Sie sind ein kreatives und zukunftsfähiges, für die Kirche aber erst zu entdeckendes Potential.

Viel Anerkennung für die christlichen Dritte-Welt-Gruppen: Sie stellten ein überraschend stabiles, gefestigtes und zukunftsfähiges Potential dar, seien Bausteine einer zur Solidarität und Empathie fähigen Gesellschaft. Innerhalb der Kirche bildeten sie einen Aktivposten des weltkirchlichen Engagements für internationale Gerechtigkeit. Gelegentlich am Rande der Kirche oder schon außerhalb, machten sie unter hohem Energie- und Zeiteinsatz „pastorale Dreckarbeit“. Für die Kirchengemeinden erfüllen sie eine wichtige Öffnungsfunktion in die gesellschaftliche Umwelt hinein.

Dieses Zeugnis ist das Ergebnis einer im Auftrag der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz

erstellten Studie. Solches Lob erhalten die Gruppen jedoch nicht alle Tage – das Autorenteam der Studie, der Duisburger Politologe und Experte für Entwicklungsfragen *Franz Nuscheler*, der Vechtaer Pastoralsoziologe *Karl Gabriel* und ihre Mitarbeiterinnen *Sabine Keller* und *Monika Treber*, mahnt: „Die kirchlichen Autoritäten haben dieses kreative Potential noch nicht entdeckt und deshalb sträflich vernachlässigt. Die Gruppen verdienen mehr Anerkennung und Unterstützung, sowohl immaterieller als auch materieller Art, als sie bisher bekommen haben.“

Mit der im Matthias-Grünwald-Verlag (in der Reihe Forum Weltkirche: Entwicklung und Frieden) veröffentlichten, über 400 Seiten umfassenden

Studie konnte eine Lücke geschlossen werden; christliche Dritte-Welt-Gruppen sind ein bisher unerforschtes Feld. Die Studie ist die erste umfassende sozialwissenschaftliche und religionssoziologische Erhebung über Dritte-Welt-Gruppen im katholischen bzw. ökumenischen Umfeld.

Die Studie ist in zwei Teilen angelegt. Für das erste, *quantitative* Projekt, in dem Sozialstruktur, Rekrutierungsbasis, Konstanz und Fluktuation, die Organisations- und Aktionsformen, die Verbindung von Projekt- und Bildungsarbeit sowie die Vernetzung mit anderen Gruppen und Organisationen erhoben wurde, befragten die Autoren insgesamt rund 1000 Gruppen, eingeteilt in vier Gruppentypen: die sogenannten „Mission-Entwicklung-Frieden“-Gruppen, meist Sachausschüsse der Pfarrgemeinderäte oder andere im engeren Sinne gemeindliche Gruppen; Gruppen, die einem katholischen Erwachsenenverband oder einer katholischen Bewegung angehören; Jugendverbandsgruppen und Gruppen innerhalb von Katholischer Hochschulgemeinde und KSG; allgemein christliche Gruppen außerhalb der formalen Strukturen sowie ökumenische Gruppen.

Bezüglich Alterszusammensetzung und Geschlechterverhältnis zeigten sich dabei auch die Dritte-Welt-Gruppen einigermaßen repräsentativ für die kirchliche Ehrenamtszene: Die anfangs aufgestellte Hypothese, überwiegend junge Erwachsene anzutreffen, sehen die Forscher widerlegt – alle vier Gruppentypen zusammengenommen dominieren die 30- bis 49jährigen. Weiblich sind 62 Prozent der Mitglieder der befragten Gruppen; in 12 Prozent aller Gruppen stellen Frauen sogar sämtliche Aktiven, 36 Prozent sind „überwiegend“ weiblich. In bezug auf den Bildungsstand konstatieren die Autoren einen Trend zum intellektuellen Übergewicht in ebenfalls allen vier Gruppentypen. Die Kirchen- und Gemeindenähe sei größer als bei dieser Klientel gemeinhin angenommen: 85 Prozent sind als katholische Gruppen gegründet worden. 59 Prozent von